



---

## **Ausschuß für Wissenschaft und Forschung**

31. Sitzung (nicht öffentlich)

1. Dezember 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitz: Ingrid Fitzek (GRÜNE)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1**     **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)**     **1**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Vorlagen 12/2229 und 12/2287

Zuschrift 12/2399

**Einzelplan 05**     -     **Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung**

hier:     Bereich Wissenschaft und Forschung

Abstimmung über Anträge und Beschlußfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuß berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Die Änderungsanträge sind in Vorlage 12/2463 aufgeführt.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung stimmt dem Entwurf des Einzelplans 05 - Bereich Wissenschaft und Forschung - mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

Es besteht Einvernehmen darüber, die Landesregierung zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form zu ermächtigen, die sich aus dem Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

Es folgt eine persönliche Erklärung der Ingrid Fitzek (GRÜNE).

2      **Verschiedenes**

4

Siehe Diskussionsteil.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

#### 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300 und 12/3400  
Vorlagen 12/2229 und 12/2287  
Zuschrift 12/2399

**Einzelplan 05** - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

hier: Bereich Wissenschaft und Forschung

Abstimmung über Anträge und Beschlußfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Ausschuß** berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen wird auf **Vorlage 12/2463** verwiesen.

Im folgenden sind nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

Zu Änderungsantrag Nr. 7 der CDU-Fraktion bezüglich **Kapitel 05 100 - Hochschulen allgemein - Titel 711 11 - neu - und laufende Nr. 8 der CDU-Fraktion zu Kapitel 05 100 - Hochschulen allgemein - Titel 812 17 - neu -** führt **Manfred Kuhmichel (CDU)** an, bereits in den letzten Haushaltsberatungen habe seine Fraktion den Antrag gestellt, eine viertel Milliarde DM zusätzlich vor dem Hintergrund der damaligen Studentenproteste für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Antrag sei abgelehnt worden.

Allerdings habe es in Bonn damals eine andere Regierung gegeben. Es sei gesagt worden, zunächst müsse Bonn tätig werden. Nun wisse man, daß Bonn es nicht tue. Jetzt sei das Land an der Reihe. Er bitte um Zustimmung.

**Dietrich Kessel (SPD)** erwidert, wenn man Regierungsverantwortung trage, müsse man sich bei der Erfüllung von Wünschen um die Deckung der Wünsche kümmern. Er wolle gar nicht bestreiten, daß der Antrag die Tatsache aufnehme, daß zusätzliche Mittel für diese Zwecke notwendig seien. Sie aber aus dem Landeshaushalt tatsächlich zu erwirtschaften, sei nicht möglich. Von daher werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

**Ingrid Fitzek (GRÜNE)** hält fest, während der Haushaltsberatungen im letzten Jahr sei den Anträgen der CDU-Fraktion mit Verweis auf die Bund-Länder-Aufgabe Hochschulbau nicht zugestimmt worden.

Sie begrüße es, daß für den Bereich Hochschulbau aus Bonn Mittel kommen würden. Es gebe eindeutige Aussagen aus dem Bundesbildungsministerium. Sie meine, daß an der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau festgehalten werden solle.

Die Bonner Regierung sollte von seiten des Landes in ihrem Anliegen unterstützt werden, tätig zu werden. Von daher sehe sie keine Notwendigkeit, von Landesseite aus aktiv zu werden.

**Manfred Kuhmichel (CDU)** betont, er sei davon ausgegangen, daß die Deckungsvorschläge, die seine Fraktion damals unterbreitet habe, noch bekannt seien. Er wolle sie aber gerne wiederholen.

Das Land habe die große Chance, mit einem eigenverantworteten Landesprogramm tätig zu werden, indem es sich von einem kleinen Teil seines Vermögens trenne, um den Hochschulen die Mittel zugute kommen zu lassen. Dies lasse sich ohne Probleme durchführen.

Wenn Frau Fitzek sage, daß sie auf die Segnungen aus Bonn, die angeblich angekündigt seien, warten wolle, dann dürfe sie trotzdem davon ausgehen, daß das Land mitfinanzieren müsse. Dann sollte man auch hier tätig werden.

**Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung stimmt dem Einzelplan 05 - Bereich Wissenschaft und Forschung - in geänderter Form mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.**

Im Ausschuß besteht Einvernehmen darüber, die Landesregierung zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form zu ermächtigen, die sich aus den Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

**Ingrid Fitzek (GRÜNE):** Ich möchte eine persönliche Erklärung zu der Abstimmung abgeben.

(Zuruf von der SPD: Alle Jahre wieder!)

- Sie sagen, alle Jahre wieder. Nichtsdestotrotz möchte ich von meinem Recht Gebrauch machen und diese persönliche Erklärung abgeben.

Mit der Zustimmung zum Einzelplan 05 habe ich das mehrheitliche Votum meiner Fraktion im Ausschuß umgesetzt. Nach meiner Auffassung als GRÜNE Hochschulpolitikerin entspricht der Wissenschaftshaushalt nicht den berechtigten finanziellen Erwartungen,

(Beifall bei der CDU)

die Ministerpräsident Clement durch seine Aussagen zur Priorität des Wissenschafts- und Hochschulbereichs in der Regierungserklärung bestärkt hat.

Nicht sachgerecht und vorausschauend ist vor allem die Streichung von 1000 HSP-I-Stellen zum 28. Februar 1999, die ausschließlich bei den Universitäten und Universitäten-Gesamthochschulen wegfallen werden und in besonderem Maße den wissenschaftlichen Nachwuchs betreffen.

Trotz intensiver Bemühungen der GRÜNEN-Fraktionsspitze in den Haushaltsberatungen der Koalition ist es noch nicht einmal gelungen, eine Überbrückungsfinanzierung für ein Jahr zu erreichen - und das, obwohl es erstens zur Weiterfinanzierung aller HSP-I-Stellen eindeutige schriftliche Vereinbarungen in der Koalition gibt und zweitens die aktuellen Signale aus Bonn positiv sind, eine Anschlußfinanzierung auf verbessertem Niveau für den Bereich Hochschulsonderprogramme ab dem Jahre 2000 sicherzustellen. Dieses Ergebnis ist enttäuschend.

Ich betone es noch einmal: Das ist eine persönliche Erklärung. Ich habe das heute auch in meiner Fraktion bekanntgegeben.

**Adolf Retz (SPD)** schlägt vor, Herrn Kessel zum Berichterstatter zu benennen.

**Rudolf Henke (CDU)** plädiert dafür, wie üblich die Vorsitzende als Berichterstatterin zu benennen.

Wenn man dem Vorschlag von Herrn Retz folgen würde, würde das bedeuten, daß man oppositionellen Abgeordneten grundsätzlich das Recht abspreche, als Berichterstatter für einen Ausschuß in Erscheinung zu treten. Dies wäre die Wirkung nach außen. Hier sei die Frage der Bewertung der Berichterstattertauglichkeit tangiert.

Auf Bitte des **Jens Petring (GRÜNE)** wird die Sitzung unterbrochen.

(Sitzungsunterbrechung von 13.55 bis 14.05)

**Dietrich Kessel (SPD)** hält fest, offenkundig habe es einige Mißstimmungen in bezug auf die Äußerungen der Vorsitzenden gegeben, die sie allerdings als Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nicht als Ausschußvorsitzende gemacht habe. Insofern dürfe man nicht das eine mit dem anderen in Zusammenhang bringen, wie unzulässigerweise der Eindruck entstanden sei.

Unabhängig davon schlage er vor, daß der Ausschuß den stellvertretenden Vorsitzenden mit der Berichterstattung beauftrage.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung beauftragt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung von Ingrid Fitzek (GRÜNE) Dr. Hans Kraft (SPD) mit der Berichterstattung.

## 2 Verschiedenes

Vorsitzende Ingrid Fitzek schlägt vor, daß sich die Sprecher der Fraktionen am Rande des Plenums am 16. Dezember zusammensetzen, um die nächsten Ausschußsitzungen, möglicherweise auch auswärtige, abzustimmen. - Der Ausschuß ist einverstanden.

gez. Ingrid Fitzek

Vorsitzende

18.02.1999 / 24.02.1999

215